

Der Kreisvorstand der SPD Reinickendorf möge beschließen,
Der Landesvorstand der SPD Berlin möge beschließen,
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Resolution:

Verantwortung wahrnehmen, Überzeugung wahren: Die Neuaufstellung der Berliner SPD beginnt außerhalb des Senats

1. Die Berliner Regierungskoalition wurde abgewählt. CDU (18,8%) und SPD (12,1%) haben deutlich eingebüßt und ihren Regierungsauftrag verloren. Das hat unser Spitzenkandidat Steffen Krach zutreffend festgestellt. Dieser Regierungsauftrag kann angesichts der deutlichen Verluste – trotz knapper Mehrheit – auch nicht mit den Grünen verlängert werden. Angesichts dieser klaren Entscheidung der Wähler:innen halten wir eine Kenia-Koalition für den falschen Weg.
2. Die Berliner:innen haben die Linke mit einem starken Ergebnis von 25,7% gewählt und Elif Eralp mit einem Auftrag zur Regierungsbildung ausgestattet. Ihr obliegt es nun, diese Verantwortung wahrzunehmen. Die Berliner Grünen haben ihre Bereitschaft für eine Regierungsbeteiligung bereits geäußert. Bei Enthaltung der SPD haben Linke und Grüne gegenüber CDU und AfD eine Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus.
3. Einer gemeinsamen Koalition mit Linken und Grünen und der SPD fehlt derzeit die inhaltliche und finanzielle Grundlage. Im Wahlkampf hat die SPD ihre roten Linien (Vergesellschaftung, Abbau bei Polizei, Antisemitismus) stets verdeutlicht und auf das Erfordernis einer seriösen Haushaltspolitik hingewiesen. Dafür hat die SPD keine Mehrheit bekommen. Im Gegenteil wurde die SPD abgewählt. Um den eigenen roten Linien und inhaltlichen Überzeugungen treu zu bleiben, kann die SPD zum derzeitigen Zeitpunkt auch keine Koalition mit Linken und Grünen eingehen.
4. Gleichwohl wird die SPD ihre staatspolitische Verantwortung wahrnehmen und eine Regierung aus Linken und Grünen dulden. Die SPD wird einer Wahl von Elif Eralp nicht im Wege stehen, jederzeit die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisen sicherstellen und ansonsten die politischen Vorhaben der links-grünen Regierungsminderheit im Einzelfall auf ihre Zustimmungsfähigkeit bewerten. Daneben wird sich die SPD konstruktiv mit Vorschlägen und Vorhaben einbringen, um die Stadt voranzubringen. In diesem Rahmen wollen wir etwaige Sondierungsgespräche dafür nutzen, die Voraussetzungen für eine Duldung der links-grünen Minderheitsregierung zu klären.